

Malaysische Truppen für Bosnien

Nach einigem Zögern hat die UNO das Angebot der Islamischen Konferenz angenommen, 5.000 Soldaten aus ihren Mitgliedsländern Pakistan, Malaysia und Tunesien unter dem Kommando der United Nations Protection Force (UNPROFOR) in Bosnien einzusetzen. Malaysia wird bis Ende des Jahres bestausgebildete, mechanisierte Verbände mit 1.500 Soldaten entsenden. Ein erstes Vorauskommando von 202 Soldaten wird nach Angaben des Verteidigungsminister Najib Tun Razak bereits Ende September über Zagreb nach Bosnien fliegen. Die Hauptaufgabe der Truppen soll die Sicherung der muslimischen Friedenszonen sein. Dabei wird von einer engen Zusammenarbeit mit den UN-Truppen anderer Länder ausgegangen.

Auf der Tagung der Konferenz Islamischer Staaten am 13. Juli dieses Jahres hatten die 16 Mitgliedsländer bis zu 23.000 Soldaten für den UNEinsatz in Bosnien angeboten. Darunter auch 10.000 aus dem Iran, 5.500 aus der Türkei und 1.000 aus Palästina. Den Einsatz von iranischen, palästinensischen und auch türkischen Truppen lehnte die UNO aufgrund von Einwänden seitens der europäischen Länder und der USA ab. Es wird befürchtet, daß der Einsatz solcher muslimischer Truppen eine religiöse Neutralität nicht gewährleisten würde.

Die malaysische Regierung hatte bereits im letzten Jahr die islamischen Staaten gedrängt, nicht tatenlos der Entwicklung in Bosnien zuzuschauen. Bereits im Februar dieses Jahres hat sie Truppen zu Winterübungen in die Türkei geschickt, die seitdem auf ihre Abkommandierung warten. Weitere Winterübungen werden Truppen in Pakistan absolvieren, bevor sie nach Bosnien geschickt werden.

In einem Interview mit der Wochenzeitschrift *Asiaweek* machte der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad deutlich, daß er auch bereit ist, seine Truppen bei offensiven Maßnahmen unter UN-Oberkommando einzusetzen. Allerdings müsse dann das Zusammengehen aller UN-Truppen, einschließlich

der europäischen Truppenteile und der USA, die vor allem auch den Schutz aus der Luft bereitstellen, gewährleistet sein. Malaysias Interesse in Bosnien sei die Unterstützung von Unterdrückten. Daß es sich dabei um eine große Zahl Muslime handele, verstärkte dieses Interesse. Von den Bemühungen der europäischen Nationen zur Beilegung des Konflikts sei er enttäuscht. Es seien die Leute, die immer so viel über Gerechtigkeit, "fair-play", Menschenrechte und all das reden würden, die glaubten, Malaysia sei nicht demokratisch genug. Ferner setzte er Slobodan Milosevic und Radovan Karadzic mit Hitler gleich.

In Malaysia findet bereits seit dem letzten Jahr eine breite Diskussion über den Umgang mit dem Konflikt in Bosnien statt. Nicht nur islamische Kreise setzten sich dabei für ein verschärftes Vorgehen der UNO ein. Auch prominente Vertreter der in vielen Fragen in Opposition zur Regierung stehenden Nichtregierungsorganisationen fordern ein militärisches Eingreifen und weisen dabei auf den militärischen Einsatz im Irak hin (vgl. SOAI 2/93 S.12).

Malaysia hat sich bereits an anderen UNO-Missionen mit der Entsendung von Truppen beteiligt; so in Kambodscha bei der United Nation Transitional Authority in Cambodia (UNTAC) mit gut 1.200 Soldaten, davon 850 Infanterie, 225 Polizei und 100 Luftwaffe. Auch in Somalia stehen malaysische Truppen unter UNO-Kommando.

vgl. AW 17.3. S.42ff, 28.7 S.22f; 11.8.93 S.19ff, 1.9.93 S.36

Neue Grenzziehung mit Singapur

Malaysische und singapurische Regierungsvertreter haben sich auf eine neue Grenzziehung zwischen den beiden Ländern in der Johor-Straße geeinigt. Eine frühere, vorübergehende Grenzbestimmung war 1985 auf Grundlage einer hydrographischen Studie von 1982 erfolgt.

vgl. STW 31.7.93

Kakao- und Kautschukproduktion in Schwierigkeiten

Malaysias Kakaoproduktion ist auf dem tiefsten Stand seit 6 Jahren. Pflanzler in Tawau, Sabah, rechnen für dieses Jahr mit einer Jahresproduktion zwischen 170.000 und 180.000 Tonnen gegenüber 200.000 Tonnen im letzten Jahr und 230.000 Tonnen 1991. Die niedrigen Weltmarktpreise, örtliche Trockenheit und Baumkrankheiten werden für den Rückgang verantwortlich gemacht. Die Bauern haben ihre Bäume gefällt und sind auf andere Pflanzen umgestiegen.

Malaysias führende Rolle als Kautschukproduzent wird durch einen schweren Arbeitskräftemangel bedroht. Von den 1,8 Mio. Hektar von Kleinbauern mit Gummibäumen angepflanzten Flächen, werden lediglich 1,5 Mio. ha gezapft, der Rest wird nicht mehr bearbeitet. Nach Angaben der Rubber Industry Smallholders Development Authority (RISDA) arbeiten 500.000 Kleinbauern auf einer Fläche, die 750.000 Arbeitskräfte benötigt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind Schulungen für Kleinbauern und Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität, sowie der Reduzierung von Entwicklungs- und Produktionskosten vorgesehen.

vgl. Star 16.8.93; NST 11.8.93

Zainal zum Rücktritt vom Semangat 46 Vorstand gezwungen

Zainal Rampak, Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes Malaysian Trade Union Congress (MTUC), ist von seinem Vorstandsposten in der Oppositionspartei Semangat 46 zurückgetreten. Der Schritt erfolgte nach seiner Rede auf einer Konferenz der International Labour Organisation (ILO) in Genf, auf der er Arbeitsbedingungen in Malaysia beschrieb, einschließlich der niedrigen Löhne in der Elektronikindustrie. Zainal wies auf die Tat-

sache hin, daß den 120.000 Beschäftigten dieser Branche das Recht zur Bildung einer nationalen Gewerkschaft vorenthalten würde.

Aufgrund seiner Rede, forderte ihn die Behörde zur Registrierung von Vereinen und Organisationen auf, entweder seinen Vorstandsposten in Semangat 46 oder seinen Führungsposten in der Transportarbeiter Gewerkschaft aufzugeben. Wenn er dem nicht nachkommen würde, drohte die Behörde mit der Schließung der 12.000 Mitglieder starken Transportarbeiter Gewerkschaft.

vgl. FEER 22.7.93 S.19

Land für Golfplatz zu billig?

Das parlamentarische Aufsichtsgremium, Parliamentary Action Committee (PAC), hat in seinem Bericht über die Verpachtung von 146 ha Primärwald in Bukit Kiara bei Kuala Lumpur durch die Stadtverwaltung Kuala Lumpur an den Kuala Lumpur Golf and Country Club (KLGCC) zwei sehr wichtige Empfehlungen ausgesprochen. Erstens sollte die Verpachtung beendet werden und zweitens sollte die Privatisierung des Golfplatz-Projektes der Anti-Korruptions-Behörde (BPR) gemeldet werden.

Das Mitglied im Bundesparlament, Wee Choo Keong, ist sich sicher, daß die PAC diese Empfehlung gemacht hat, weil die KLGCC einen so unverhältnismäßig niedrigen Preis für das Land an die Stadtverwaltung gezahlt hatte. Sie zahlte M\$ 59.725 pro acre (= 0,4 ha), während der augenblickliche Marktwert bei M\$ 1 Mio. pro acre liegt. Nach Angaben von Wee hat die Stadtverwaltung bisher nicht auf die Empfehlungen reagiert. Er hält diese Haltung der Stadtverwaltung für eine Mißachtung des Parlaments, denn schließlich ist die PAC eine Einrichtung des Parlaments.

vgl. Harakah 13.8.93

USNO deregistriert

Die größte Partei der Muslime im Bundesstaat Sabah, die United Sabah National Organisation - USNO -, wurde am 5. August nach Aussage der Behörde für Vereinseintragungen in Kuala Lumpur aus dem Register gestrichen. USNOs Präsident, Datu Amirkahar Tun Datu Mustapha, erklärte in Kota Kinabalu dazu, daß dies ein politisch motivierter Schritt sei. Die Gründe für die Deregistrierung, die fehlende Einreichung von Jahresberichten aller Bezirks- und Ortsverbände an die Behörde in den Jahren 1985 und 1986, seien nicht besonders schwerwiegende Versäumnisse.

Die Maßnahme der Behörde erfolgte, 4 Monate nachdem USNO eine Koalition zur Bildung der Landesregierung im Bundesstaat Sabah mit der Partei Datuk Joseph Pairin Kitingans, der Parti Bersatu Sabah (PBS), eingegangen war (vgl. SOAI 2/93, S. 43). Der Regierungskoalition auf Bundesebene, Barisan Nasional (BN), ist PBS als führende Regierungspartei in einem der beiden nicht von der BN kontrollierten Bundesstaaten bereits seit den letzten Wahlen zum Bundesparlament 1990 ein Dorn im Auge. USNO hat über 1.000 Ortsverbände mit 82.000 Mitgliedern.

vgl. STW 7.8.93

MCA-Vorstand wiedergewählt

Die Führung der Regierungspartei Malaysian Chinese Association (MCA) hatte weniger Probleme, als sie bei UMNO zu erwarten sind. Auf den alle 3 Jahre stattfindenden Parteivorstandswahlen am 26. Juni, wurden sowohl der Präsident, Transportminister Ling Liong Sik, als auch sein Stellvertreter, Gesundheitsminister Lee Kim Sai, trotz Gegenkandidaten mit großer Mehrheit wiedergewählt. Ling erhielt 1490 Stimmen, sein Herausforderer, der frühere MCA-Vizepräsident Woon See Chin lediglich 433. Lee konnte sogar 1577 Stimmen auf sich vereinigen, während zwei weitere Kandidaten lediglich 124 bzw. 64 erhielten.

vgl. STW 3.7.93

Vorgefecht zu UMNO-Präsidentschaftswahlen

Am 23. August gab Finanzminister Anwar Ibrahim nach monatelangen Spekulationen bekannt, daß er für den Posten des stellvertretenden Präsidenten der malayischen Regierungspartei, UMNO, kandidieren würde, sofern man ihn zur Wahl nominiert. Damit fordert er den amtierenden Ghafar Baba heraus. Premierminister Mahathir Mohamad hatte vor einiger Zeit die UMNO-Mitglieder aufgefordert, nicht um die beiden höchsten Ämter in der Partei (sein eigenes als Präsident miteingeschlossen) zu wetteifern. Später sagte er jedoch zu, sich bei einem Kampf um den Sitz seines Stellvertreters neutral zu verhalten.

Diese Aussage betrachteten die Anhänger Anwars als Zeichen, Anwar solle kandidieren, und verärgerte die Unterstützer Ghafars. "War Ghafar neutral, als Mahathir eingegriffen wurde?" fragte einer. Die Kandidaten-Benennung wird im September stattfinden. Einige Beobachter schätzen jedoch, daß Anwar bereits jetzt die Unterstützung von mehr als die Hälfte der 153 UMNO-Bezirke auf der malayischen Halbinsel erhält.

vgl. FEER 2.9.93, S.13

Privatarmee aufgelöst

Die malaysische Regierung befahl zum 18. August die Auflösung der "Johor Military Force", die auch als Privatarmee des Sultan vom Bundesstaat Johor gilt. Die 194 Mitglieder dieser Truppe, die bereits seit 108 Jahren existiert, wurden entweder in die malaysischen Streitkräfte eingegliedert oder sie erhielten die Möglichkeit, in den Staatsdienst des Bundesstaates Johor einzutreten. Die Truppe wurde im Rahmen der Auseinandersetzung über die Immunität der Monarchen der Bundesstaaten gegenüber dem Gesetz zum Ziel von Kritik. Dabei wurde insbesondere auch das Verhalten des Sultans von Johor, der einen Hockey-Trainer tödlich verletzt haben soll, kritisiert.

vgl. STW 21.8.93

Meeresforschungsinstitut gegründet

Im Juli wurde mit Hilfe der Regierung eine neue, gemeinnützige Forschungseinrichtung, das Malaysian Institute of Maritime Affairs (MIMA) gegründet. Direktor wurde Dr. B.A. Hamzah, vormals Assistent des Generaldirektors vom Institute for Strategic and International Studies (ISIS).

Schwerpunkt des neuen Instituts wird das Seerecht sein. Ferner soll auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit der Meeresumwelt, Marinesicherheit und Politik, wirtschaftliche Nutzung des Meeres, zu Fragen der Handelsmarine und des Hafenmanagements sowie meeresgestützter Industrie und Versicherungen geforscht werden.

vgl. Asian Defence, August 1993, S. 92

Neue Fluggesellschaft

Das malaysische Kabinett beschloß am 11. August die Gründung einer zweiten internationalen malaysischen Fluggesellschaft. Transportminister Lim Liong Sik teilte mit, daß *Pelangi Air*, eine kleine private Gesellschaft, reorganisiert und mit weiterem Kapital von staatlichen Firmen versehen werden soll. Die neue Fluggesellschaft soll die Flugziele anfliegen, die zur Zeit nicht von der Malaysian Airline (MAS) bedient werden.

MAS wird Teil des Konsortiums sein, das Kapital einbringen und die Fluggesellschaft betreuen soll. Heavy Industries Corporation of Malaysia (HICOM), eine im staatlichen Besitz befindliche Aktiengesellschaft, soll einen 40% Anteil an der neuen Fluggesellschaft haben.

vgl. STW 14.8.93

Behörden beschlagnahmen Rajendras Reisepaß

Die malaysischen Behörden beschlagnahmten im voraus den Reisepaß des bekannten Dichters Cecil Rajendra, der im September zu Vortragsreihe seiner Gedichte nach London fliegen wollte. Die malaysische Anwaltskammer protestierte gegen dieses Vorgehen und die offizielle Begründung dafür, Rajendras Gedichte stellten eine Unterstützung von Aktionen der Abholzungsgegner dar.

vgl. FEER 2.9.93 S.14

Umweltschäden durch Ausbau einer Touristeninsel

Der Oppositionspolitiker der DAP und Mitglied im Bundesparlament für Petaling Jaya, Kua Kia Soong, forderte in einer Rede im Parlament die Regierung auf, die Aktivitäten der Firma Redang Island Resort (RIR) zu stoppen. Die Firma "entwickelt" die Insel Redang, im Bundesstaat Terengganu an der Ostküste der malayischen Halbinsel, zu einem Touristenort, wobei die Errichtung eines Golfplatzes ein Teil des Projektes darstellt. Auf Golfplätzen wird eine große Menge Chemikalien für den Rasen verwendet, die insbesondere zur starken Wasserverschmutzung beitragen.

RIR hat bereits eine große Fläche der Mangroven Sümpfe zerstört. Nach Angaben von Kua hat die Umweltbehörde RIR die Beseitigung von maximal 2,8 ha genehmigt. Aber in einer Studie von Wissenschaftlern der University Science Malaysia (USM) wurde die Zerstörung von 6,8 ha festgestellt. Sumpflandbeseitigung führt zu Schäden des Ökosystems. Wissenschaftler haben festgestellt, daß Verschlammung erfolgt, die wiederum Korallenriffe zerstört. Die Verschlammung wird durch den Bodenabtrag auf den Baustellen verstärkt.

Die Landesregierung des Bundesstaates Terengganu verkaufte 656 acres (262,4 ha) Land 1991 auf Redang an RIR zum Preis von M\$ 500 pro acre. Zur Zeit ist der Marktwert pro acre Land auf M\$ 70.000 gestiegen.

vgl. Harakah 6.8.93

Prügelstrafe auch für "Schreibtisch-Straftaten" vorgeschlagen

Die Gesetzesvorlage zur Änderung des Strafgesetzbuches schlägt eine obligatorische Gefängnis- und Prügelstrafe für sogenannte "Schreibtisch-Straftaten" (vermutlich Straftaten wie Veruntreuung von Geldern u.ä.) vor. Darauf wies der Justizminister Syed Hamid Albar bei der ersten Lesung des Gesetzes im Parlament am 2. August hin. Von 1 bis 10 Jahren Gefängnis-, Geld- und Prügelstrafe wurden als mögliche Strafen vorgeschlagen.

vgl. Star 3.8.93